

Es wächst eine Gake

Wirtschaftsministerium verwundert mit Mitteilung zum Ausbau der Bundesstraße 175 in Döbeln-Ost

Döbeln. Es ist eine Bemerkung zwischen den Zeilen, die in Döbeln gestern Herpes wachsen ließ. Oberbürgermeister Hans-Joachim Egerer nennt es "eine Unverschämtheit". Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann kann sich nur noch wundern. Und Landtagsabgeordneter Sven Liebhauser versteht die Welt nicht mehr.

Dass das (FDP-geführte) Sächsische Verkehrsministerium gestern seine Interpretation davon in die Medienwelt setzte, dass die Stadt Döbeln den Ausbau der Gakendelle an der Bundesstraße 175 für weniger wichtig erachtet, als das Ministerium selbst, ließ Kämme schwellen. Pressemitteilungen von der Staatsregierung erfüllen üblicherweise den Zweck, die Öffentlichkeit über Inhalte der guten Arbeit in Dresden zu unterrichten. So gut wie nie, wird darin unaufgefordert politisch Stellung bezogen. Eine Mitteilung zu beginnenden Straßenbaumaßnahmen in Döbeln trug gestern diesen überraschenden Zusatz: "Mit der Stadt Döbeln wurden in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche zum Ausbau der Bundesstraße 175 zwischen dem Zschackwitzer Kreisel und der Autobahnauffahrt Döbeln-Ost ('Gakendelle') geführt. [...] Weder bei oben genannten Gesprächen noch bei den drei Besuchen von Staatssekretär Roland Werner in Döbeln im vergangenen Jahr wurde eine Prioritätenliste seitens der Stadt Döbeln für Straßen in Baulast des Freistaats Sachsen vorgetragen." Warum sich das Ministerium von Sven Morlok gestern nicht an jahrzehntelange Versuche aus Döbeln erinnern konnte, mit denen die Dringlichkeit des Ausbaus - auch nach tödlichen Unfällen - immer wieder gepredigt wurde, ist nicht erklärlich. Ließ die Pressestelle Morloks gestern auf Nachfrage auch unbeantwortet. In Kenntnis der Mail aus Dresden blieb Hans-Joachim Egerer gestern zunächst der Mund offen stehen. Aus dem dann alsbald zu hören war: "Seit Jahren fahren wir wegen der Gake nach Dresden. Mit Sven Liebhauser war ich zuletzt drei Mal im Ministerium. Ich verstehe nicht, was das soll und empfinde es als eine Unverschämtheit", so Egerer. Dass er dem Staatssekretär bei dessen Besuchen in Döbeln nicht am Rockzipfel zog, begründete Egerer so: "Ich war nie dazu eingeladen oder wurde auch nur benachrichtigt, wenn Staatssekretär Werner die Stadt besuchte. Warum sollte ich da also unaufgefordert hingehen", fragte sich der Stadtchef, der hinter dieser "aus der Luft gegriffenen Bewertung" eine Reaktion auf die öffentliche Kritik der Stadtverwaltung zur Arbeit des Ministeriums vermutete.

Landtagsabgeordneter Sven Liebhauser war mehrfach in dieser Angelegenheit aktiv. Begleitete Egerer nach Dresden oder sprach im Plenum auf die Notwendigkeit an. Und hat "immer wieder auch Abstimmungen mit der zuständigen Abteilung im Verkehrsministerium dazu geführt. Warum jetzt diese Botschaft aus Dresden kommt, kann ich wirklich nicht verstehen." Das Thema sei in zig Gremien ständig auf der Tagesordnung. Das Beruhigende: Das Staatsministerium selbst erkennt die Baumaßnahme inzwischen als wichtig. In der Mitteilung heißt es: "Derzeit befindet sich die aus Sicht des Freistaats Sachsen prioritäre Baumaßnahme in der Planfeststellung bei der Landesdirektion als Träger des Verfahrens. Sobald das Baurecht hergestellt ist und eine Finanzierungszusage des Bundes vorliegt, kann dieser Unfallschwerpunkt in ein Bauprogramm eingeordnet werden. Die Vereinbarung zur Kostenbeteiligung des Landkreises liegt bereits vor." Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann lässt - jedenfalls in dieser Sache - nicht zu, dass Berlin der Schwarze Peter zugeschoben wird. Denn: "Der Finanzierungsanteil des Bundes ist

lange sichergestellt. Das weiß der Freistaat auch. Eine endgültige Finanzierungszusage wird aber immer erst dann gemacht, wenn tatsächlich Baurecht besteht." Dass das noch nicht so weit ist, liegt an der noch nicht abgeschlossenen zweiten Auslegung der Planunterlagen, die notwendig wurde, nach dem es auf die erste Auslegung Einwände gegeben hatte, die eingearbeitet werden mussten. *Th. Lieb*

Kritik aus Dresden löst in Döbeln Empörung aus

Stadt vermietet Turm zu Ausbildungszwecken

Döbeln. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) hat kritisiert, dass die Stadt Döbeln trotz mehrmaliger Gespräche keine Prioritätenliste für den Ausbau von Staatsstraßen vorgelegt hat. Und stellte damit einen direkten Zusammenhang zu den Verzögerungen beim Ausbau der Bundesstraße 175 in Döbeln-Ost her. Die Kritik aus Dresden löste gestern die Empörung im Rathaus aus. Die Stadtverwaltung und der CDU-Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser hätten in mehreren Gesprächen auf die Dringlichkeit hingewiesen. CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann erklärte, dass der auf 2015 verschobene Baubeginn zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes "Gakendelle" am fehlenden Baurecht liege. Das hätte die Landesregierung herzustellen. Das Projekt soll 11,7 Millionen Euro kosten. ©Seite 11